

Baden-Württemberg

Bericht klimaneutrale Landesverwaltung

[18.05.2017] Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat jetzt eine Zwischenbilanz zur klimaneutralen Landesverwaltung vorgelegt. Hauptemittenten sind nach wie vor die Landesliegenschaften. Dienstliche Flugreisen sorgen zudem für eine schlechte Bilanz im Mobilitätsbereich.

Das baden-württembergische Umweltministerium hat dem Kabinett jetzt einen Zwischenbericht zu den Treibhausgasemissionen der Landesverwaltung vorgelegt. Ziel der Landesregierung ist es, die Verwaltung bis zum Jahr 2040 weitgehend klimaneutral zu organisieren. Dieses Ziel wurde auch im Klimaschutzgesetz des Landes verankert.

Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen) zog insgesamt eine positive Bilanz, machte aber gleichzeitig deutlich, dass noch einige Anstrengungen nötig sind: „Die Landesverwaltung hat seit 2010 ihre Treibhausgasemissionen um rund 30 Prozent reduziert. Das ist ein Erfolg, ohne Frage. Aber der Anfang war der leichtere Teil auf dem Weg zur weitgehenden Klimaneutralität. Was noch vor uns liegt, wird schwieriger und es wird in Teilen auch weh tun.“

Die Zwischenbilanz umfasst vor allem Daten zum Strom- und Wärmebedarf der Landesliegenschaften sowie Daten zu Mobilität und Dienstreisen. Die Datenbasis im Bereich der Kfz-Mobilität sei allerdings noch unzureichend. Weitere Themen des Berichts sind die Beschaffung und Green IT sowie das Kantinenangebot.

Hauptemittent sind nach wie vor die Landesliegenschaften, die rund 83 Prozent der Gesamtemissionen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser verbrauchen. Während im Jahr 2010 noch 646.000 Tonnen CO₂ ausgestoßen wurden, lag dieser Wert im Jahr 2015 noch bei rund 425.000 Tonnen, was in etwa einem Minus von einem Drittel entspricht. Durch die Umstellung der Bahn auf Ökostrom sind die Emissionen für Bahnreisen stark, für den Kfz-Verkehr nur um drei Prozent gesunken. Da die durch dienstliche Flugreisen verursachten Emissionen kräftig von 26.967 Tonnen CO₂ im Jahr 2010 auf 41.028 im Jahr 2015 gestiegen sind, ist im Bereich Mobilität insgesamt ein Anstieg der Emissionen um rund elf Prozent entstanden. Zwar sei es das vorrangige Ziel, Dienstreisen per Flugzeug auf das notwendige Maß zu beschränken, dennoch habe das Ministerium die bislang von den Ressorts zu zahlende Klimaabgabe auch auf die den Ministerien nachgeordneten Behörden wie Universitäten und Hochschulen ausgeweitet. Diese können von nun an ebenfalls auf freiwilliger Grundlage eine Klimaabgabe abführen.

Auch im Bereich der Landesliegenschaften seien die Hausaufgaben schwierig, sagte Untersteller: „Die in der Summe gute Bilanz geht auch auf den zwischenzeitlich erfolgten Bezug von Ökostrom für die Landesliegenschaften zurück. Das ist zwar klimaschonend, der Effekt aber nur einmal abzurufen.“ Um dem Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung näher zu kommen, gelte es jetzt Energieeffizienz-Maßnahmen umzusetzen und den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Nötig seien etwa weitere Anstrengungen bei der Gebäudesanierung oder der Ausbau erneuerbarer Energien im Wärmebereich.

Nach Angaben des Ministeriums bezieht sich die Zwischenbilanz auf eine im Jahr 2014 erstellte Startbilanz mit Daten aus dem Jahr 2010. Die Startbilanz hat das Münchner Unternehmen FutureCamp erstellt, das nun auch die Fortschreibung der Daten überprüft habe. Die nächste Bilanz sei für das Jahr 2020 geplant.

(me)

Zwischenbilanz klimaneutrale Landesverwaltung (PDF; 3,2 MB)

Stichwörter: Klimaschutz, Baden-Württemberg